

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg

am Freitag, 30.01.2009, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD: Aab, Backes, Becker, Böttcher, Brahms, Daser, Dinnebier, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Dr. Rausch, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

CDU: Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Mehnert, Oppermann, Pfalz, Dr. Röder, Röhrkohl Sauer, Schaffner, Scherer, Stompfe, Dr. Wulff

GRÜNE: Dr. Baumann, Busch, Dorn, Floherschütz, Göttling, Dr. Perabo, Schäfer, Dr. Therre-Staal, Weber-Hofmann

Marburger Linke: Adsan, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Metz, Schäfer

FDP: Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel

MBL: Ludwig, Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stötzel
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:

Die Stadtverordneten Acker (SPD), Lohse (CDU), Kissel (CDU), Neuwohner (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Simon (CDU) und Vaupel (CDU) sowie die Stadträte Biver, Reinhard und Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek,

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 19. Dezember 2008 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Die Stadtverordneten Schwebel (FDP) bittet darum, bei der Kleinen Anfrage Nr. 8 im Fragetext das Wort "Geschäftsordnung" abzuändern in "Geschäftseröffnung".

Mit dieser Änderung wird die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt einen Überblick über die Tagesordnung und die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachen und empfohlenen Zurückstellungen.

Sonstige Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 4 Fragestunde

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 1 1/2009) Vorlage: VO/0035/2009

An welchen Orten und wieviel Bäume sollen 2009 gepflanzt werden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Bisher sind im Stadtgebiet von Marburg außerhalb von Wald oder waldähnlichen Strukturen 240 Baumpflanzungen geplant. Darüber hinaus wird bei Veränderungen in den Grünflächen und bei Baumaßnahmen überprüft, ob zusätzliche Baumstandorte möglich sind. Da es sich hierbei oft um kaum vorhersehbare Möglichkeiten handelt, sind weitere Baumpflanzungen im Stadtgebiet zu erwarten.

Ebenfalls ist darauf hinzuweisen, dass im Rahmen von Fällgenehmigungen nach der Baumschutzsatzung der Universitätsstadt Marburg Auflagen an Private bezüglich Ersatzpflanzungen in die Genehmigung aufgenommen werden. Hier eine Zahl zu nennen wäre rein spekulativ.

Weitere Details zu den 240 geplanten Baumpflanzungen sind aus beigefügter Tabelle zu ersehen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.2 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr. 2 1/2009)**
Vorlage: VO/0036/2009

Inwieweit wurde das „kleine Elisabethherz“ in der Frauenklinik durch städtische Gelder bzw. durch den Oberbürgermeister finanziell gefördert?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das „kleine Elisabethherz“ wurde vom Fachbereich Medizin initiiert und nicht aus dem Haushalt der Universitätsstadt Marburg gefördert. 3.500 € wurden aus Spendenmitteln der Sparkasse gezahlt.

Die gegenüber dem Vorjahr um 100 gestiegene Geburtenzahl trägt über die damit steigenden Schlüsselzuweisungen dazu bei, dass dieses Sponsoring mehr als gedeckt wird.

zu 4.3 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr. 3 1/2009)**
Vorlage: VO/0037/2009

Kann der Magistrat Auskunft geben, durch wessen Initiative der kleine Fußballplatz der Brüder-Grimm-Schule durch ein Tor noch während der Schulzeit abgesperrt wurde, und inwieweit in Zukunft ein „Schlüsseldienst“ für das Wochenende organisiert wird und wer die zusätzlichen Kosten trägt?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Auf Initiative des Fachdienstes Schule wurde in der Woche vor Weihnachten eine 4 Meter hohe Stahlgitterzaun-Toranlage auf dem Gelände des Ballspielfeldes an der Brüder-Grimm-Schule errichtet.

Aus Sicherheitsgründen mussten die eingebauten Betonfundamente der Pfostenelemente unter Berücksichtigung der kalten Witterung mindestens 14 Tage aushärten.

Das Kleinspielfeld musste daher in dem Zeitraum vom 23.12.2008 bis 04.01.2009 verschlossen werden.

Das Ballspielen auf den städtischen Schulhöfen ist an Sonn- und Feiertagen ohnehin nicht erlaubt. Das Kleinspielfeld konnte durch die Sperrung bedingt lediglich an insgesamt 8 Tagen in den Schulferien nicht bespielt werden. Die sonstigen Pausenhofflächen an der Brüder-Grimm-Schule waren aber immer zugänglich.

Weitere, zusätzliche Kosten entstehen nicht, da der Schließdienst der Toranlage zukünftig von drei namentlich bei dem Fachdienst Schule erfassten Anwohnern unentgeltlich organisiert wird.

Zusatzfragen des Stadtverordneten Metz (Marburger Linke) und Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) werden ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

zu 4.4 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr. 4 1/2009)**
Vorlage: VO/0054/2009

Ist es zutreffend, dass der Magistrat (nach der Fertigstellung der L 3092 am 3.11.2008) die Baumaßnahmen zur Verkehrsberuhigung der Ortsdurchfahrt Michelbach in der ersten Jahreshälfte 2009 durchführen wird? Die Baumaßnahmen werden wesentlich zu der weiteren Verkehrsentlastung der Michelbacher Ortslage beitragen.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Baumaßnahmen zur Verkehrsberuhigung der Ortsdurchfahrt Michelbach können erst nach Fertigstellung des Kreisverkehrs L 3092 / ehemalige K79 und der Anbindung Novartis erfolgen.

Im Haushalt 2009 sind 100.000,00 € als VE vorgesehen. Mit der Ausführung der Umgestaltungsmaßnahmen ist deshalb frühestens im 1. Halbjahr 2010 zu rechnen.

zu 4.5 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr. 5 1/2009)**
Vorlage: VO/0038/2009

Ist es zutreffend, dass der Magistrat in 2009 aus Mitteln des Budgetringes (zu dem Teilergebnisplan im Rahmen des Produktes 662010) in der Haushaltstelle 6104000 (Dienstleistungen der Stadtwerke) 16.000 € für die Erschließung (Wasser- und Kanalanschluss) des Festgeländes Michelbach investieren wird?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die im HH 2009 Produkt 662010 Sachkonto 6104000 eingestellten Mittel sind zur Bestreitung der parkraumfremden Leistungen der Stadtwerke im Rahmen des entsprechenden Vertrages bestimmt. Es handelt sich dabei um

1. Betreuung Oberstadtaufzug
2. Betreuung Aufzug Ortenbergsteg
3. Betreuung Hydro-Poller Zwischenhausen / Steinweg
4. Betreuung Fahrradabstellplatz Hauptbahnhof.

Mittel zur Erschließung des Festgeländes im ST Michelbach wären im Finanzhaushalt einzuplanen.

Das Festplatzgelände befindet sich auf einem Grundstück der HLG im Einzugsbereich des Entwicklungsgebietes. Der dort gültige Bebauungsplan sichert die Festplatznutzung nicht.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Aab (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.6 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 6 1/2009)
Vorlage: VO/0039/2009**

Trifft es zu, dass sich der Regierungspräsident in Gießen am 19. August 2008 gegen Befreiungen vom Bebauungsplan 7/3 beim Bauprojekt „Appartements am Erlenring 13“ ausgesprochen hat, somit auch dem Gutachten von Rechtsanwalt Boetzkes vom 11. Juli 2008, das vom Magistrat in Auftrag gegeben wurde, nicht folgte, und aus welchem Grund ist der Regierungspräsident am 12. September 2008 zu einem anderen Ergebnis, das solche Befreiungen doch zulässt, gekommen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das Bauvorhaben „Erlenring 13“ war bereits im Frühjahr 2008 Gegenstand mündlicher Erörterungen zwischen der zuständigen Sachgebietsleitung des RP Gießen und unserer Stadtplanung. Im Rahmen dieser Erörterung vertrat das RP Gießen zunächst die planungsrechtliche Auffassung, dass ein entsprechendes Bauprojekt im Rahmen von Befreiungen genehmigt werden sollte, ohne den (Teil-)Bebauungsplan (erneut) zu ändern. Dieses Signal wurde sodann an die Eigentümerin des Grundstückes weitergegeben.

Am 28. August 2008 erreichte Herr Bürgermeister Dr. Kahle dann jedoch ein Fax vom Regierungspräsidium Gießen, dass „rechtliche Ausführungen“ zur Frage der Befreiung im Zusammenhang mit dem Bauantrag für die Studentenappartements am Erlenring beinhaltete.

Als Ergebnis dieser Einschätzung wurde die Notwendigkeit einer Bebauungsplanänderung als Zulässigkeitsvoraussetzung für die fragliche Bebauung erachtet.

Am 09. September 2008 wurde die Angelegenheit erneut in einem Besprechungstermin zwischen Vertreter/-innen des RP Gießen und mit Vertretern der Stadt Marburg im Regierungspräsidium Gießen erörtert. In diesem Termin wurden die notwendigen Erörterungen über:

- die Vorgänger-Bebauungspläne mit den planungsrechtlichen Festsetzungen,

- die Historie des Baugrundstücks (gerichtliche Auseinandersetzung) und schließlich
- die Bedeutung des geplanten Bausteins für die innerstädtischen Nutzungsfunktionen im Kontext mit den städtebaulichen Zielsetzungen im fraglichen Stadtbereich

vorgetragen.

Daraufhin erfolgte am 12. September 2008 die abschließende Stellungnahme des RP Gießen zur Anfrage der Lokalen Agenda 21, wonach - wie bekannt - der Regierungspräsident seine bereits im Frühjahr 2008 vertretene Auffassung wiederholte und ergänzte. Das heißt, dass die beantragten Befreiungen erteilt werden konnten, da die Voraussetzungen hierfür vorlagen.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

Um 17:22 Uhr übernimmt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wulff (CDU) die Sitzungsleitung.

zu 4.7

Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 7 1/2009)

Vorlage: VO/0040/2009

In kurzer Zeit sind die Fahrpreise im Marburger Busverkehr von 1,40 über 1,45 auf 1,50 Euro erhöht worden. Wie hat sich in der gleichen Zeit die Lohnsumme der Busfahrer(innen) prozentual insgesamt entwickelt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Universitätsstadt Marburg hat mit dem Eintritt in den Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) als Gesellschafterin das Privileg abgeben müssen, die Tarife im ÖPNV selbst bestimmen zu können. Die neuen Tarife im ÖPNV werden unter den Gesellschaftern des RMV abgestimmt und im Aufsichtsrat des RMV beschlossen. Mit der Erhöhung von Beförderungstarifen im ÖPNV soll den gestiegenen Kosten im ÖPNV für Personal, Treibstoffe und Beschaffung Rechnung getragen werden.

Die Lohn- und Gehaltstarife im ÖPNV sind in der Zeit von 2006 bis 2008 zwischen ca. 4,5 und ca. 5 % angehoben worden. Gleichzeitig ist der Preis für Dieselkraftstoff im Jahresdurchschnitt von 91,66 ct. auf 107,54 ct./l angestiegen. Dies sind innerhalb von 3 Jahren nahezu 18 %. Die Preise im innerstädtischen ÖPNV bei der Einzelfahrkarte ist dahingegen im gleichen Zeitraum lediglich um 7,4 % gestiegen. Die regelmäßigen Preisanpassungen im ÖPNV sind wichtig und notwendig, um das System ÖPNV angemessen durch die Fahrgäste teilfinanzieren zu können.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.8 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 8 1/2009)
Vorlage: VO/0041/2009**

Im Nachtragshaushalt ist ein Ansatz (0600/5710 Restaurierung von Archivalien 14.000 EUR BR 21.900) der erforderlich ist, um Schimmelbefall zu beseitigen. Welche Maßnahmen werden im Archiv Frauenbergstraße ergriffen, um für die Zukunft Schimmelbefall von Archivgut zu verhindern?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Aufgrund technischer Probleme mit der Entfeuchtungsanlage und der grundsätzlich für Archivalien ungünstigen Unterbringung in einem Kellerraum ist es zur Schimmelbildung an insg. 340 Archivalieneinheiten im Außenmagazin des Stadtarchivs in der Frauenbergstraße gekommen. Diese Schäden konnten zwischenzeitlich durch fachmännische Behandlung mit den bereitgestellten Mitteln beseitigt werden.

Nach baufachlicher Prüfung ist das Magazin in der Frauenbergstraße nur unter großem Aufwand so zu sanieren, dass es den Anforderungen an eine dauerhafte Unterbringung von Archivgut gerecht würde. Aber auch der Einsatz eines Entfeuchtungsgerätes ist keine dauerhafte Lösung. Der Magistrat ist daher bereits seit längerem bestrebt, für das Stadtarchiv geeignete Räumlichkeiten zu finden, die auch den derzeitigen Zustand der Verteilung auf mehrere Standorte beenden. Ein solch zentraler Standort müsste auch die derzeit im Staatsarchiv gelagerten Archivbestände der Universitätsstadt Marburg aufnehmen können, da das Land mittel- und langfristig diese Lagerflächen selbst beansprucht. Seitens der Gebäudewirtschaft werden daher schon jetzt entsprechende Objekte auch auf ihre Geeignetheit für eine Nutzung durch das Stadtarchiv überprüft.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 9 1/2009)
Vorlage: VO/0042/2009**

Wie viele Behindertenparkplätze sind im Rahmen des Umbaus der Universitätsstraße in der näheren Umgebung des Kaufhauses Ahrens (Umkreis von etwas 200 bis 300 m) geplant?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In der näheren Umgebung des Kaufhauses Ahrens sind in der Haspelstraße, Wilhelmstraße und Schulstraße 3 Behindertenparkplätze vorhanden.

Nach der Umgestaltung der Universitätsstraße ist die Einrichtung eines zusätzlichen Behindertenparkplatzes zwischen Haspelstraße und Gutenbergstraße vorgesehen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.10 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 10 1/2009)
Vorlage: VO/0043/2009**

Trifft es zu, dass der Bauherr des viergeschossigen Neubaus mit einem rotundenartigen Dachaufbau in Holzbauweise entgegen dem Hessischen Denkmalrecht festgeschriebenen Umgebungsschutz (Rückseite der Gründerzeitgebäude in der Gisselbergerstraße) eine Baugenehmigung bekommen hat, dem Bauherrn des daneben liegenden Gebäudes aber nur mit der Auflage der Dreigeschossigkeit mit Satteldach (Grund: im Hessischen Denkmalrecht festgeschriebener Umgebungsschutz) eine Baugenehmigung erteilt worden ist, sind mit der Baugenehmigung Abweichungen vom Bebauungsplan Nr. 24 vom 13.7.1965 durch Befreiungen ausgesprochen worden und falls ja: welche und mit welcher Begründung?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Über den vorliegenden Bauantrag "Neubau eines Mehrfamilien-Wohnhauses" ist noch nicht abschließend entschieden.

Das bestehende Nachbargebäude wurde 1991 als Appartementhaus genehmigt. Nach Aktenlage war das Maß der baulichen Nutzung von Anfang an eingehalten worden, demnach war eine Entscheidung über planungsrechtliche Befreiungen nicht erforderlich. Gleiches gilt für die Dachform, das Gebäude war als Satteldach-Gebäude beantragt.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.11 Kleine Anfragen der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 11 1/2009)
Vorlage: VO/0044/2009**

Wie ist der gegenwärtige Sachstand bei der Umsetzung des StVV-Beschlusses zur Einrichtung einer Behring-Gedenkstätte (Beschluss vom 2.11.2007)

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Frage 11 und 12 wurden aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam von den FD 61 (Stadtplanung) und 41 (Kultur) beantwortet.

Zum Nutzungskonzept einer Behring-Gedenkstätte/-stelle

Hinsichtlich einer zukünftigen Nutzung der ehemaligen Laborgebäude Emil von Behrings in der Wannkopfstraße 13 wurde seitens FD 41 in der Sitzung des Schul- und Kulturausschusses vom 6. März 2008 ein erster Sachstandsbericht gegeben. Seinerzeit wurde auf die verschiedenen Orte in Marburg hingewiesen, an denen das Thema Behring eine Rolle spielt (Emil-von-Behring-Bibliothek, Behring-Archiv, thematische Gästeführungen etc.). Gleichzeitig wurden die Aufwendungen aufgezeigt, die bei einer möglichen Anmietung von Räumlichkeiten im Objekt Wannkopfstr. 13 durch die Stadt Marburg (ca. 15.000 -

20.000 Euro/Jahr) und Neunutzung des Gebäudes nötig würden (Erarbeitung Ausstellungskonzeption und Einrichtung einer musealen Gedenkstätte, attraktive Ausstellungsstücke inkl. Versicherung und konservatorische Voraussetzungen, besondere und dauerhafte PR-Maßnahmen durch Lage des Gebäudes, Aufrechterhaltung eines belebten Museumsortes über 12 Monate hinweg etc.; hierdurch Personalkosten von ca. 30.000 Euro/Jahr). Seinerzeit wurde deshalb das Anbringen einer Gedenktafel zu dieser Wirkungsstätte Behrings in der Wannkopfstraße 13 empfohlen.

Parallel wurde im Frühjahr 2008 die Einrichtung einer Behring-Dauerausstellung im Hauptgebäude des Klinikums auf den Lahnbergen forciert vorangetrieben durch die Emil-von-Behring-Bibliothek der Philipps-Universität und den FD 41 (geplante Eröffnung der Ausstellung im Sommer 2008). Diese zunächst sehr aussichtsreichen Planungen wurden seitens des FB Medizin im Klinikum kurzfristig außer Kraft gesetzt.

Dieser veränderte Sachstand inklusive der Information, dass die Gebäude Wannkopfstraße 13 am Jahresende 2008 an einen neuen Eigentümer übergehen, wurden in der Sitzung des Schul- und Kulturausschusses vom 18. September 2008 durch den FD 41 ausführlich vorgetragen. Die Schwierigkeiten und daraus abgeleiteten Empfehlungen (siehe oben) wurden erneut dargelegt.

Mit Jahreswechsel 2008/2009 wurde das Gebäude Wannkopfstraße 13 verkauft. Der neue Eigentümer hat sich bislang weder formell noch informell mit den Fachdiensten ausgetauscht bzw. seine Absichten dargelegt.

Zum Grundstück Wannkopfstraße 13:

Die Lage ist nur im historischen Kontext (Pferdewiesen, Unterbringung der Tiere, Laboratorium) zu erklären. Aus heutiger Sicht ist es nur ungenügend über eine schmale Straße, die durch ein Wohngebiet führt, erschlossen und hierdurch schwierig zu finden. Bei einer publikumsintensiven Nutzung sind Konflikte mit Anwohnern vorprogrammiert (u. a. Parkplatzfrage). Aus Verhandlungen mit Voreigentümern wurde der Teilerhalt des Gesamtkomplexes - in Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen (LfDH) - festgeschrieben. Das Gebäude ist Denkmal gemäß HDschG aus sozialgeschichtlichen Gründen. Gleichwohl muss betont werden, dass keinerlei Originalsubstanz (außer Mauerwerk) erhalten blieb und die Innenräume seit den 1930er Jahren mehrfach umgebaut wurden. Eine genaue Rekonstruktion der Einrichtungen erscheint aufgrund fehlender Kenntnisse eher vage und die denkmalpflegerische Wertigkeit einer reinen Rekonstruktion sei hier dahingestellt.

Zur Förderung:

Für eine Förderung durch die Deutsche Stiftung Denkmalschutz bzw. das LfDH bedarf es ausgearbeiteter Planungen, Kostenschätzungen und Finanzierungspläne, die jedoch nur stimmig sein können, wenn in der Gesamtkonzeption alle Anforderungen berücksichtigt wurden. Die oben angeführten Argumente verdeutlichen jedoch die Problematik einer Behring-Gedenkstätte/Dauerausstellung zu Leben und Wirken Behrings an diesem Standort.

Sollte jedoch der Standort Wannkopfstraße 13 ungeachtet der oben angeführten Problematik Präferenz für eine Dauerausstellung haben, so müsste in Absprache mit dem nun neuen Eigentümer ein entsprechendes Raumprogramm ausgearbeitet werden, das in Abstimmung mit den zuständigen Fachdiensten der Antragstellung bei der Deutschen Stiftung Denkmalschutz resp. dem LfDH vorgelegt werden müsste.

Empfehlung:

Es wird empfohlen, am Standort Wannkopfstraße 13 eine wetterfeste Gedenktafel mit Text und Bild anzubringen, die differenziert den sozialhistorischen und kulturellen Hintergrund der ehemaligen Nutzung des Gebäudes veranschaulicht. Über die Nutzung des Gebäudes bzw. einzelner Räumlichkeiten wird im Bauantragsverfahren entschieden.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

**zu 4.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 12 1/2009)
Vorlage: VO/0055/2009**

Sind Anträge zur Mitfinanzierung einer Behring-Gedenkstätte in der Wannkopfstraße 13 an das Landesamt für Denkmalpflege und die Deutsche Stiftung Denkmalschutz gestellt worden?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Siehe Antwort zu 4.11.

**zu 4.13 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 13 1/2009)
Vorlage: VO/0045/2009**

Kann der Magistrat bitte darauf hinwirken, dass die Stolpersteine zum Gedenken der dort ehemals wohnhaften und dann ermordeten jüdischen Mitbürger in der Universitätsstraße beim Umbau

- 1. rechtzeitig entfernt,**
- 2. zwischengelagert,**
- 3. nach Umbau in die Betonplatten auf dem Bürgersteig wieder eingelassen werden?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das Aufnehmen, Lagern und wieder Einbauen der Stolpersteine ist im Leistungsverzeichnis der Fa. Herzog enthalten.

Die Kosten dafür betragen 295,86 €.

**zu 4.14 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Johanna Busch (Nr. 14 1/2009)
Vorlage: VO/0046/2009**

Kann der Magistrat überprüfen, ob im Standesamt (Frauenbüro, Stadtbüro) Aufklärungsbroschüren informieren über das neue Unterhaltsrecht, insbesondere

- 1. dass die Frau im Falle einer Scheidung für die Kinder ab 3. Lj. und**

für den eigenen Unterhalt sorgen muss, was praktisch bedeutet, dass sie schon als verheiratete Frau die Verantwortung wahrnehmen muss für ihre berufliche Sicherstellung und den Anschluss an Fort- und Weiterbildungen,

- 2. der steuerliche Anreiz des Ehegattensplittings noch zum alten Versorgungsbereich gehört und demzufolge unvereinbar ist mit dem neuen Unterhaltsgesetz?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Magistrat verfügt derzeit über keine aktuellen Broschüren zum kürzlich novellierten Unterhaltsrecht. Es gibt zwar eine entsprechende Broschüre zum Eherecht vom Bundesministerium der Justiz, in der auch das Unterhaltsrecht behandelt wird. Diese ist aber gerade aufgrund der durch die Reform des Unterhaltsrechts eingetretenen Änderungen derzeit in der Überarbeitung und somit nicht verfügbar. Sobald und soweit dem Magistrat diese Broschüre zur Verfügung gestellt wird, kann sie an den üblichen Stellen ausgelegt werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschlich (CDU) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.15 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Johanna Busch (Nr. 15 1/2009)
Vorlage: VO/0047/2009**

Wie weit ist die Entstehung des Sportentwicklungsplanes gediehen und welche weiteren Planungsschritte sind vom Magistrat vorgesehen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Seit September 2008 Zusammenarbeit mit den verschiedenen Fachbereichen und Fachdiensten der Universitätsstadt Marburg, dem Sportkreis Marburg und der Universität Marburg zur Erfassung der umfangreichen Bevölkerungs- und Strukturdaten.

Seit November 2008 Konzipierung einer Einwohner/-innenbefragung zum Sport und zur Bewegung in der Universitätsstadt Marburg (unter Mitarbeit der Gleichstellungs- und Datenschutzbeauftragten).

11.12.08 16:00 Uhr Gespräch mit kommerziellen Anbietern, Betriebssport, Krankenkassen: Gesprächsrunde; Angebote der Organisationen, Bedarfsermittlung

Dezember 2008: Information der vom Magistrat berufenen Kooperativen Planungsgruppe. Alle vom Magistrat berufene Mitglieder sagen ihre Mitarbeit zu! Konzipierung der Einwohner/-innenbefragung (40 Fragen).

18.12.08 16:00 Uhr Gespräch mit Altenheimen, Jugendorganisationen, Kirche:
Gesprächsrunde; Angebote der Organisationen, Bedarfsermittlung

15.01.09 17:00 Uhr Sport- und Bäderkommissionssitzung: Vorstellung

der Planungsgruppe und des Fragebogens,
anschließend Pressekonferenz

Seit Januar 2009 Konzipierung der Vereinsbefragung (53 Fragen)

30.01.09 / Einwohner/-innenbefragung in der Universitätsstadt
Marburg

14.02.09

Februar 2009: Konzipierung der Schul- und Schüler/-innenbefragung;
Datenerfassung der Einwohner/-innenbefragung. Belegungserfassung der
Hallennutzung durch die Marburger Sportvereine in allen Sporthallen/Sportstätten
der Universitätsstadt Marburg, Experteninterviews

10.02.09 14:00 Uhr Konstituierende Sitzung der Kooperativen
Planungsgruppe

16.02.09 /

06.03.09 Vereinsbefragung in der Universitätsstadt Marburg

März 2009: Datenerfassung Vereinsbefragung, Auswertung der Einwohner/-
innenbefragung

Auswertung der Vereinsbefragung, Experteninterviews

09.03.09 /

27.03.09 Durchführung der Schul- und Schüler/-
innenbefragung.

10.03.09 14:00 Uhr 2. Sitzung der Kooperativen Planungsgruppe

*Zusatzfragen der Stadtverordneten Severin (SPD) und Ludwig (MBL) werden
ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.*

**Um 17:50 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer
(SPD) die Sitzungsleitung.**

**zu 4.16 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 16 1/2009)
Vorlage: VO/0048/2009**

**Fahrgäste die mit der Bahn in Gießen ankommen, werden vom
Lautsprecher mit den Worten "Willkommen in der UNIVERSITÄTSSTADT
Gießen" begrüßt, in Marburg hingegen wird man nur mit den Worten
"Willkommen in Marburg" begrüßt. Kann der Magistrat dafür sorgen, dass
wir in Marburg ebenfalls in einer Universitätsstadt willkommen geheißen
werden?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Magistrat dankt für die Anregung und wird sich mit den zuständigen Stellen
der Deutschen Bahn in Verbindung setzen, um auch am Hauptbahnhof Marburg
die Ansage „Universitätsstadt Marburg“ zu erzeugen.

**zu 4.17 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Uwe Meyer (Nr. 17 1/2009)
Vorlage: VO/0049/2009**

Wie weit sind die Verhandlungen des Magistrats mit dem Land Hessen über den Erwerb des Grundstückes neben dem Messegelände gediehen und welches Nutzungskonzept schwebt dem Magistrat dafür vor?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im IV Quartal 2008 und im Januar 2009 konnten mittels intensiver Verhandlungen mit dem Land Hessen wesentliche Fortschritte für einen Erwerb des nördlichen Afföllergeländes erreicht werden. Der Magistrat geht davon aus, dass die Verhandlungen noch im I. Quartal 2009 abgeschlossen werden können und das Verhandlungsergebnis den städtischen Gremien vorgelegt wird.

Mit dem Erwerb des gesamten Afföllergeländes wird die Universitätsstadt Marburg in die Lage versetzt, die künftige Nutzung des Gebietes über die bebauungsplanrechtlichen Möglichkeiten hinaus auch im Detail zu bestimmen. Teile der dann neu erworbenen Flächen werden dem Messegelände zugeordnet, um sowohl Platzprobleme bei der wichtigen Oberhessenschau als auch deren Parkierungsprobleme endgültig zu lösen. Im nördlichen Bereich ist eine gewerbliche Nutzung mit nicht störenden Betrieben denkbar mit günstigem B3a-Anschluss. Ein solcher Verkauf würde auch zu einer teilweisen Refinanzierung des Grundstückserwerbs beitragen. Darüber hinaus ist eine Anpassung der Straßenführung der Afföllersstraße sowie deren endgültiger Ausbau im nördlichen Bereich bis zur Unterführung anzustreben.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.18 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 18 1/2009)
Vorlage: VO/0050/2009**

Welche Erfahrungen und Rückmeldungen (z.B. mehr Sitzgelegenheiten für Ältere) hat der Magistrat mit der Durchführung der Neujahrsempfänge der Universitätsstadt Marburg?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Magistrat hat grundsätzlich nur positive Rückmeldungen erhalten. Nach dem jüngsten Neujahrsempfang haben einige Besucher angeregt, während der Veranstaltung in der Stadthalle für mehr Sitzplätze als bisher zu sorgen. Diesem Wunsch kommen wir gern nach. Ich habe bereits den Auftrag erteilt, zu prüfen, wie der 1. Rang so mit Sitzplätzen auszustatten ist, dass von dort aus die Veranstaltung gut zu verfolgen ist. Möglich ist, dort rund 140 Sitzplätze zu schaffen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Becker und Hussein (SPD) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.19 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 19 1/2009)**
Vorlage: VO/0051/2009

Gibt es weitere Informationen über die Sonderinvestitionsprogramme von Bund und Land und deren Umsetzung durch die Universitätsstadt Marburg?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Hessen

Zum **Hessischen Sonderinvestitionsprogramm „Schul- und Hochschulbau“** liegen z. Zt. folgende Informationen vor:

Vor dem Hintergrund der Finanzkrise und ihrer Auswirkungen auf die Realwirtschaft ist das Land Hessen im Begriff, ein Sonderinvestitionsprogramm aufzulegen.

Ziel des Programms, soweit es die Schulträger betrifft, ist die Verbesserung der Schulinfrastruktur und die Verbesserung des Lernumfeldes.

Dazu will das Land 1,2 Mrd. € mobilisieren, die den Schulträgern als Darlehen zur Verfügung gestellt und in den folgenden 30 Jahren getilgt werden. Das Land will 1 Mrd. € tilgen; die restlichen 0,2 Mrd. € sollen die Schulträger tilgen.

Die Zinsen sollen aus dem Kommunalen Finanzausgleich finanziert werden, also praktisch aus kommunalem Geld. Das lässt sich aber vertreten mit der Begründung, dass die Kommunen die Schulbaumaßnahmen, die sie jetzt vorziehen, normalerweise sowieso in späteren Jahren durchgeführt und samt Schuldendienst über ihre Haushalte finanziert hätten. Stattdessen werden die Zuweisungen des Landes an die Kommunen künftig etwas geringer sein.

Mit dem Programm verbunden sind Lockerungen bei den Vergabegrenzen.

Für die Förderung ist die Einhaltung der Energiesparverordnung Voraussetzung.

Von den 1,2 Mrd. € sollen verteilt werden: 950 Mio € nach Schülerzahl, 200 Mio € nach Fläche und Anzahl der Schulen, 50 Mio € an Ersatzschulträger.

Die Sonderinvestitionen müssen in einem vereinfachten Verfahren bis zum 28.02.2009 bzw. 31.03.2009 unter Nachweis der zeitlichen Realisierbarkeit angemeldet werden.

Investitionen, die im städtischen Haushalt 2009 bereits vorgesehen sind, sollen nicht gefördert werden. Es können allerdings Bauabschnitte aus späteren Jahren vorgezogen werden.

Jedenfalls muss die einzelne Maßnahme noch 2009 begonnen werden. Das wird für die Schulverwaltung, die Bauverwaltung und die Schulen selbst u. U. problematisch sein. Nicht abschätzbar ist derzeit, wie die Bauwirtschaft mit der massiv steigenden Nachfrage umgehen wird.

Bei der Verteilung der 950 Mrd. € nach Schülerzahl werden auf Marburg rd. 14,5

Mio € entfallen. Diese werden als Darlehen zur Verfügung gestellt. Davon haben wir an Tilgung 1/6 zu tragen, also rd. 2,5 Mio €. Verteilt auf 30 Jahre macht das rd. 80 T€ pro Jahr. Die Abschreibungen sind über die Ergebnishaushalte der kommenden Jahre zu erwirtschaften. Die Zinsen werden wie bereits dargelegt nicht von der Stadt sondern aus dem Kommunalen Finanzausgleich gezahlt.

In der Verwaltung werden z. Zt. die Maßnahmen zusammengestellt, die für das Programm in Frage kommen. Unter Einbindung der Schulleitungen sollen sie am Ende von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.

Zur beschleunigten Umsetzung des Programms will das Land nach der Konstituierung des neuen Landtages in einem „Vorschaltgesetz“ folgende kommunalrechtliche Regelungen treffen:

- Abweichend vom geltenden Recht (§ 114j HGO) dürfen auch Erhaltungsmaßnahmen mit Krediten finanziert werden und sind im Finanzhaushalt zu buchen. Die Investitionsmaßnahmen sind über 30 Jahre abzuschreiben, der Investitionszuschuss ist über 30 Jahre aufzulösen.
- Abweichend vom geltenden Recht (§ 114e HGO) ist der Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung nicht erforderlich. Die Mittel können außerplanmäßig nach § 114g HGO bereitgestellt werden. Die in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen gelten als erfüllt.
- Die Kreditaufnahmen gelten als gemäß § 114a HGO in der Haushaltssatzung festgesetzt und als gemäß § 114j HGO genehmigt.

Einer Nachtragssatzung, wie sie nach geltendem Recht eigentlich nötig wäre, bedarf es danach nicht.

Ansonsten sind zahlreiche Einzelfragen zum Programm noch ungeklärt.

Bund

Der Bund hat mittlerweile zwei Konjunkturpakete aufgelegt.

Das Konjunkturpaket I beinhaltet ein Familienleistungsgesetz - Stichworte: Kindergeld, Kinderfreibetrag, zusätzliche Leistungen für hilfsbedürftige Kinder bei Schuljahresbeginn - und einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Stützung der Konjunktur, von der besseren Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen bis zu neuen Sonderabschreibungen. Mitunter rechnet der Bund auch die Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale zu diesem Paket.

Die Einnahmeverluste der Kommunen aus den vielen Maßnahmen des Pakets I mögen sich auf bis zu 1,7 Mrd. € belaufen. Eine einzelstädtische Prognose ist nicht möglich.

Von den zahlreichen Einzelmaßnahmen des Konjunkturpakets II, z. B. 100 € für ein Kind und 2.500 € für einen Neuwagen, sind die Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand für die Kommunen von besonderer Bedeutung.

Hierfür stellt der Bund rd. 14 Mrd. € zur Verfügung, davon rd. 4 Mrd. für

zusätzliche Investitionen des Bundes und 10 Mrd. für zusätzliche Investitionen der Kommunen und der Länder. Der Bund erwartet, dass mindestens die Hälfte des Volumens 2009 wirksam wird und die Mittel überwiegend für Investitionen der Kommunen eingesetzt werden.

Investitionsschwerpunkte sind mit 65% Bildung, insbesondere Kindergärten, Schulen und Hochschulen, sowie mit 35% Infrastruktur, insbesondere Verkehr, Krankenhäuser, Städtebau, Informationstechnologie. Die Investitionen in Bildung und Infrastruktur sind so ausgerichtet, dass zugleich deutliche Impulse für Klimaschutz und Energieeffizienz gesetzt werden.

Von den genannten 10 Mrd. € entfallen 718.720 € auf Hessen, davon 467.168 € (65%) auf den Bereich Bildung und 251.552 € (35%) auf den Bereich Infrastruktur.

Weitere Informationen liegen leider nicht vor. Ob, wann, wie, wofür und unter welchen Bedingungen diese Mittel an die Kommunen weitergereicht werden, ob, wann und wie das Land möglicherweise seine ursprüngliche Ankündigung umsetzen wird, die Mittel seines Programms von den Schulen umzulenken auf Straßenbau, Kindergärten oder Feuerwehr, wenn der Bund ein vergleichbares Programm für den Schulbau auflegt wie das Land, ist unbekannt.

Damit ist die Fragestunde abgelaufen. Die Fragen 20 und 21 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

zu 5

**Marburger Gleichberechtigungspreis
Preis für geschlechtergerechtes Handeln
Vorlage: VO/0812/2008**

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (B90/Die Grünen). Im Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen hat Stadträtin Dr. Weinbach darauf hingewiesen, dass der Magistrat beschlossen hat, dass Preisgeld auf 2.500 € zu erhöhen.

Weiterhin hat der Ausschuss vorgeschlagen die Satzung unter Ziffer 5 im dritten Satz wie folgt zu formulieren:

Die/Der Auszuzeichnende muss entweder den ersten Wohnsitz in Marburg haben und sich innerhalb oder außerhalb engagieren, oder die/der Geehrte muss sich innerhalb der Universitätsstadt für Projekte einsetzen, auch wenn sie/er einen auswärtigen Wohnsitz hat.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen die Zustimmung.

Die Vorlage wurde auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordnete Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich dem Votum des Ausschusses für Soziales, Jugend und Frauen angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu der so geänderten Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Die beigefügte Satzung über den Marburger Gleichberechtigungspreis wird beschlossen.**
2. **Der Preis wird erstmals 2009 verliehen.**

zu 6

**Konzessionsvertrag mit den Stadtwerken Marburg GmbH
hier: Konzessionsabgabennachzahlung und weitere Änderungen des
Vertrages
Vorlage: VO/0910/2008**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Zur Sache berichtet der Oberbürgermeister Vaupel. Er bezieht sich auf die im Haupt- und Finanzausschuss diesbezüglich gegebene Zusage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Dem Abschluss der vorgelegten Vereinbarung zur Abgeltung von Konzessionsabgaben durch die Stadtwerke Marburg GmbH an die Universitätsstadt Marburg wird zugestimmt.**
2. **Der Ergänzung zum Konzessionsvertrag vom 15. Dezember 2000 zur Anpassung des Kommunalrabattes wird zugestimmt.**
3. **Der Änderung / Ergänzung zum Konzessionsvertrag vom 01. Januar 2000 zu den §§ 8/9 bezüglich Baumaßnahmen der Stadtwerke und der Stadt wird zugestimmt.**

zu 7

**Konzept für eine Kommunale Altenplanung in der Universitätsstadt
Marburg II
Vorlage: VO/0916/2008**

Wie der Stadtverordnetenvorsteher berichtet ist die Vorlage im Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen beraten worden. Sie wurde einvernehmlich zur Stellungnahme an verschiedene Gremien überwiesen:

- Seniorenbeirat,
- Gleichstellungskommission,
- Aufsichtsrat GeWoBau,
- Aufsichtsrat Marburger Altenhilfe,
- sowie an die Ortsbeiräte.

Die Vorlage soll wieder beraten werden, wenn die Rückmeldungen vorliegen.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt dies zur Kenntnis und stellt die

Vorlage ebenfalls zurück.

zu 8 Dringlichkeitsanträge

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

zu 9 Anträge der Fraktionen

**zu 9.1 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Verkehrsberuhigung
Zeppelinstraße
Vorlage: VO/0714/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu diesem Antrag. Aussprache wurde angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Therre-Staal (B90/Die Grünen), Stompfe (CDU) und Wölk (SPD). Für den Magistrat spricht Oberbürgermeister Vaupel.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, B90/Die Grünen und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der CDU und der MBL sowie bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird angenommen.
Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob**

- 1. eine Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30 in der Zeppelinstrasse von der Konrad-Adenauerbrücke bis zum Südbahnhof zu realisieren ist.**
 - 2. das Schild "Industriegebiet Süd" entfernt werden kann.**
-

**zu 9.2 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Städtebauliche
Rahmenplanung Lahnberge
Vorlage: VO/0715/2008**

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften beraten worden. Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift.

Im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften hat der Stadtverordnete Jannasch (CDU) darum gebeten, eine Protokollnotiz aufzunehmen, dass die CDU-Fraktion mit dem Antragstext einverstanden ist, jedoch die Begründung in dieser Form nicht akzeptiert.

Der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften empfiehlt der

Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Busch (Fraktion B90/Die Grünen), Dr. Uchtmann (MBL) und Sell (SPD). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle. Anschließend spricht die Stadtverordnete Schwebel (FDP) und trägt einen geänderten Antragstext vor:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, in Abstimmung mit der Universität und der Röhn-Klinikum AG die städtebauliche Rahmenplanung weiter zu entwickeln.

Gegen diesen geänderten Antragstext wird aus dem Hause nicht gesprochen. Der Stadtverordnetenvorsteher lässt somit über diesen geänderten Antragstext abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, in Abstimmung mit der Universität und der Röhn-Klinikum AG die städtebauliche Rahmenplanung weiter zu entwickeln.

**zu 9.3 Antrag der FDP-Fraktion betr. Problemfeld Marburg-Mitte
Vorlage: VO/0736/2008**

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft mit diesem Antrag auch den Tagesordnungspunkt 9.6 Antrag der CDU-Fraktion betr. Sicherheitsdienst in Marburg-Mitte und 9.7 Antrag der MBL-Fraktion betr. Konzept für Problembereiche auf. Die Anträge wurden auch dem Haupt- und Finanzausschuss gemeinsam beraten.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet zum Tagesordnungspunkt 9.3 der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU-Fraktion). Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Antrag der FDP-Fraktion mehrheitlich abgelehnt. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Schwebel (FDP), Gottschlich (CDU), Dr. Uchtmann (MBL), Severin (SPD), Adsan (Marburger Linke), Dr. Perabo (B90/Die Grünen) und Stompfe (CDU). Für den Magistrat sprechen Oberbürgermeister Vaupel und Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der FDP-Fraktion und der MBL-Fraktion, bei Nein-Stimmen der SPD, B90/Die Grünen, CDU und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 9.4 Antrag der MBL-Fraktion betr. Optimierung der Verwaltung
Vorlage: VO/0738/2008**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichte der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag der MBL-Fraktion abzulehnen.

Der Oberbürgermeister Vaupel berichtet dem Hause aus der vergangenen Sitzung des Ältestenrates. Dort wurde ausgeführt, dass die Verwaltungen von Stadt und Kreis nicht vergleichbar sind, weil sehr unterschiedliche Aufgaben und Verwaltungsstrukturen vorliegen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, MBL und FDP-Fraktionen gegen die übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 9.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Zweiter öffentlicher Campus-Workshop der Stadt Marburg und der Philipps-Universität 2009
Vorlage: VO/0745/2008**

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Floherschütz (B90/Die Grünen) und erneut Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Während der Aussprache hat von 20:15 Uhr bis 20:30 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dorn (B90/Die Grünen) die Sitzungsleitung übernommen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der SPD, B90/Die Grünen, CDU und MBL sowie bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 9.6 Antrag der CDU-Fraktion betr. Sicherheitsdienst in Marburg-Mitte
Vorlage: VO/0755/2008**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU-Fraktion).

Im Haupt- und Finanzausschuss hat die CDU-Fraktion den Antragstext wie folgt abgeändert:

Der Magistrat wird aufgefordert, unverzüglich tätig zu werden, um Anwohner, Gewerbetreibende und Passanten vor randalierenden Jugendlichen zu schützen und dafür auch einen privaten Sicherheitsdienst für die Marburger Innenstadt einzusetzen.

Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, den freiwilligen Polizeidienst in Marburg flächendeckend einzuführen. Ferner wird der Magistrat gebeten, eine Satzung zu entwerfen, welche ein Alkoholverbot von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr an den Tagen Donnerstag, Freitag und Samstag in den Bereichen Elisabeth-Blochmann-Platz, Mensa, Gerhard-Jahn-Platz und Konrad-Adenauer-Brücke enthält.

In dieser Fassung empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Die Aussprache wurde bereits im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 9.3 durchgeführt. Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Tagesordnungspunkt 9.6 abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, FDP und MBL-Fraktionen gegen die Stimmen der SPD, B90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 9.7 Antrag der MBL-Fraktion betr. Konzept für Problembereiche
Vorlage: VO/0790/2008**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Die Aussprache wurde bereits im Zusammenhang mit den Tagesordnungspunkten 9.3 und 9.6 durchgeführt. Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Tagesordnungspunkt 9.7 abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und MBL-Fraktion gegen die Stimmen der SPD, B90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 9.8 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Börsengewinn-Spiel
Vorlage: VO/0855/2008**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU-Fraktion). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Metz (Marburger Linke), Weber-Hofmann (B90/Die Grünen), Pfalz (CDU) und erneut Metz (Marburger Linke). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister Vaupel.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und bei Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 9.9 Antrag der MBL-Fraktion betr. Gewissensfreiheit von Abgeordneten
Vorlage: VO/0873/2008

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU-Fraktion). Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde gewünscht. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL), Löwer (SPD), Gottschlich (CDU), Metz (Marburger Linke), Wölk (SPD), Weber-Hofmann (B90/Die Grünen), Prof. Dr. Dingeldein (FDP) und Becker (SPD). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister Vaupel.

Während der Aussprache hat von 20:51 Uhr bis 21:55 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wulff (CDU) die Sitzungsleitung übernommen.

Während der Aussprache hat der Stadtverordnete Becker (SPD) die Bandabschrift des Wortbeitrages des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) beantragt. Im Laufe der Debatte wünscht die Stadtverordnete Gottschlich (CDU), dass die Bandabschrift auf alle Wortbeiträge ausgeweitet wird.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, MBL und FDP bei Nein-Stimmen der SPD, B90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 9.10 Antrag der FDP-Fraktion betr. Parteipolitische Neutralität des
Oberbürgermeisters
Vorlage: VO/0875/2008

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Schwebel (FDP), Stompfe (CDU) und Becker (SPD). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen der CDU, FDP und MBL bei Nein-Stimmen der SPD, B90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 9.11 Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Feuerwehren
Vorlage: VO/0898/2008**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordnete Pfalz (CDU). Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, beim Hessischen Städtetag schriftlich vorstellig zu werden und diesen zu veranlassen, sich in einer übergemeindlichen Initiative gegenüber dem Land Hessen und über den Deutschen Städtetag gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass den Gemeinden für ihre Feuerwehren, insbesondere auch die Freiwilligen Feuerwehren, ausreichende Zuweisungen aus der Feuerschutzsteuer und evtl. Mittel der Kraftfahrzeugsteuer zur Sicherstellung der flächendeckenden Technischen Hilfeleistung zufließen.

zu 10 Kenntnisnahmen

**zu 10.1 Medizinische Versorgung am Universitätsklinikum Marburg
Vorlage: VO/0828/2008**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden und zur Kenntnis genommen worden. Der Aussprachewunsch wurde inzwischen zurückgezogen.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage ebenfalls zur Kenntnis.

Am Ende der Sitzung dankt der Stadtverordnetenvorsteher den ausgeschiedenen Stadtverordneten der Fraktion Marburger Linke Eva Christiane Gottschalk und Peter Metz für die gute Zusammenarbeit in den zurückliegenden Jahren und die ehrenamtliche Tätigkeit zum Wohle der Universitätsstadt Marburg. Im Namen des Hauses wünscht er alles Gute für die Zukunft.

Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 22:35 Uhr.

Stadtverordnetenvorsteher

Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen

Schriftliche Beantwortungen von Kleinen Anfragen

Tabelle mit weitergehenden Informationen zur Kleinen Anfrage Nr. 1